

## MENSCHENRECHTE FÜR MENSCHEN OHNE PAPIERE

Katholikentag in Ulm, 18.6.2004

Vom Impulsreferat eines Jesuiten erwarten Sie einen Drei-Punkte Vortrag, den ich Ihnen gerne geben will. Mein Impulsreferat soll den Rahmen geben, innerhalb dessen wir den Problemkomplex Illegalität diskutieren werden. Die konkreten Beispiele und Probleme werden dann im Laufe des Podiums, vor allem aber in den Arbeitsgruppen das Skelett, welches ich nachfolgend gebe, mit Fleisch füllen. Um das ganze übersichtlich zu halten, formuliere ich den Rahmen in drei Thesen, die ich dann kommentieren werde

These 1: Globalisierung krepelt unsere Welt um

These 2: Menschen bleiben trotzdem Menschen mit einer Würde und grundlegenden Rechten.

These 3: Die Kirche als ältester *Global Player* hat eine besondere Verantwortung, für diese Menschen zu sorgen und für sie einzutreten

### **These 1: Globalisierung krepelt unsere Welt um**

Spätestens seit dem Wegfall des kommunistischen Blocks krepeln Prozesse unsere Welt um, die gemeinhin unter dem Namen "Globalisierung" diskutiert werden. Ein wichtiges Element ist, dass der gesteigerte Austausch von Waren, Personen und Dienstleistungen staatlich gewollt wird und gefördert wird: Jedes Land der Welt will die besten Köpfe, Touristen, Geschäftsleute und auch sonst Besucher empfangen, die man bei eigenen Reisen aus ähnlichen Gründen kennenlernt. Dass die so zur Verfügung stehenden Mittel auch von Personen und Gruppen in einem Interesse genützt werden, das nicht im Sinne von Staat und Gesellschaft ist und auch nicht vorgesehen ist, wird oft verdrängt oder übersehen: Arbeitgeber, die billigen Arbeitskräfte suchen fallen darunter ebenso wie Flüchtlinge, die unbedingt Zuflucht bei Verwandten suchen wollen, die in Ländern der ersten Welt wohnen.

Rein praktisch fragen diese Personen und Gruppen sich nun, warum sie denn nicht tun sollen, was ihnen möglich ist? Dass es verboten ist wissen sie (oder auch nicht), aber es gibt genügend Dienstleister (gemeinhin 'Schleuser' genannt), die ihnen bei der Durchsetzung ihrer Wünsche helfen, auch wenn es verboten ist und bekämpft wird. Und so wird die Welt heute mehr und mehr von Daten-, Verkehrs-, Reise- und Migrationsströmen bestimmt, während gleichzeitig die staatliche Regelungsfähigkeit dieser Ströme immer mehr unterlaufen und untergraben wird. Dies führt zu Zuständen, dass die so genannte Dritte Welt uns eben nicht mehr fern ist, sondern hier in unserer Mitte gegenwärtig wird: Die *Global City* von heute spiegelt all die Verwerfungen zwischen Globalisierungsverlierern und Gewinnern, von erster und dritter Welt, reich und arm innerhalb ihrer 'Stadtmauern', zunehmend symbolisiert zwischen den kamera- und mauerbewehrten Ghettos der Reichen, den ethnischen Ghettos andererseits, dazwischen aber mit den Spezialitätenrestaurants aus aller Welt, die diese Gruppen wiederum verbindet.

### **These 2: Menschen bleiben trotzdem Menschen mit einer Würde und grundlegenden Rechten.**

Die Diskussion dieser Globalisierungsprozesse und die Frage, wie der Staat sich zu ihnen verhalten kann und soll, konzentrieren sich leider allzu häufig um die Paradigmen

Liberalisierung (von Wirtschaft und Finanzmärkten) und Gefahrenabwehr (Terrorismus, Islamismus, Organisiertes Verbrechen). Dass dabei Menschen auf der Strecke bleiben, die als Opfer unseres Waffenexports in Bewegung gesetzt werden, die als 'illegale' Arbeiter die Basis der deregulierten Wirtschaft bilden, die auf die Hilfe gewisser 'Branchendienstleister' innerhalb des Organisierten Verbrechens angewiesen sind, weil ihnen trotz aller Menschenrechte bzw. der Verständlichkeit und Nachvollziehbarkeit ihrer Migrationsmotive keine legalen Zuwanderungsmöglichkeiten bleiben - das wird nicht beachtet. Vielmehr wird mit breitem Schwert auf all jene eingehauen, die illegal sind und die 'Illegalen' helfen. Bestes Beispiel ist das gestern beschlossene Zuwanderungsgesetz, welches zwar beansprucht Zuwanderung zu regeln und zu steuern, gleichzeitig aber diesen Aspekt der Migration völlig ausklammert bzw. wenn überhaupt unter dem kriminellen Aspekt der Schwarzarbeit oder des Schleuserunwesens bekämpft. Hier gilt es, einen Keil einzuschlagen, denn trotz aller Berechtigung der staatlichen Bemühungen, das zunehmend eigendynamisch und immer schwerer regulierbare Globalisierungsgeschehen wieder in den Griff zu bekommen, darf dies nicht auf Kosten der schwächsten Glieder gehen. Menschen sind und bleiben Menschen. Sie haben eine Würde, deren Schutz oberste Verpflichtung der staatlichen Gewalt ist. Sie haben Rechte, die sich aus unserem Grundgesetz ebenso ergeben wie aus universalen Rechtsinstrumenten.

Auch neben dieser moralisch-rechtlichen Verpflichtung ist die Respektierung und Gewährung von grundlegenden Rechten kein Gnadentakt, sondern auch im Interesse von Staat und Gesellschaft:

Beispiel Gesundheitsfürsorge: Anonyme Behandlungsangebote fördern rechtzeitige Behandlung und verhindern Ansteckungsgefahr auch der 'Legalen' oder Verschleppung und Verschlimmerung der Krankheit.

Beispiel Schule: Unterricht ist der beste Weg, Kinder, die nichts für die Entscheidungen ihrer Eltern können, in unsere Gesellschaft zu integrieren und vor den Fängen krimineller Gruppen zu schützen.

Beispiel Schutz vor Ausbeutung: Wer im Fall von Ausbeutung nicht zu Polizei und Gericht gehen kann, geht zur Mafia oder geht vor die Hunde. Es kann doch nicht sein, dass wir sehenden Auges solchen Gruppen Macht geben oder andere Folgeschäden wie Krankheit und Tod in Kauf nehmen, wohingegen die rechtliche Stärkung von 'Illegalen' durch die Eröffnung eines Zugangs zu Gerichten ein wesentlich wirkungsvollerer Beitrag zur Bekämpfung des gesamtgesellschaftlichen Übels der Schwarzarbeit ist als das derzeitige Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz, welches nur auf Kontrolle und Repression von außen setzt.

### **These 3: Die Kirche als ältester Global Player hat eine besondere Verantwortung, für diese Menschen zu sorgen und für sie einzutreten**

Staat und Gesellschaft entziehen sich in Deutschland dieser Problematik immer noch mehr als dies in jedem anderen industrialisierten Land der Welt der Fall ist. Bei uns ist der humanitäre Bereich des Problemkomplex Illegalität, der in Deutschland hunderttausende Betroffene und Helfer umfasst, bislang tabuisiert - das Zuwanderungsgesetz wurde schon erwähnt. Hier muss die Kirche einspringen. Die Deutschen Bischöfe formulieren dies in ihrer Schrift "Leben in der Illegalität" vom Mai 2001 wie folgt:

"Die Kirche ist berufen, sich über den Binnenbereich ihrer verfassten Gemeinschaften hinaus für Menschen zu engagieren, die in Not sind... Es geht hier nicht um eine Sondermeinung der Kirche. Das Menschenbild, das unserer Verfassung zugrunde liegt, gründet in der jüdisch-christlichen Glaubenstradition. Der Staat und die Gesellschaft brauchen das Fundament von Grundwerten, die dem staatlichen und gesellschaftlichen Handeln verpflichtende Vorgaben sind, und die der Staat nicht selber schafft... Wenn die Kirche die grundlegenden Menschenrechte auch von Ausländern ohne Aufenthaltsrecht und Duldung annimmt, stellt sie deshalb nicht die Grundlagen des Gemeinwesens in Frage. Sie erinnert vielmehr an die Maßstäbe, die für seine Identität und seinen Zusammenhalt gültig sind und wirt gerade durch ihre kritisch-konstruktiven Äußerungen staatstragend und loyal gegenüber dem Gemeinwesen" [S. 37, 35f. 39]

Wie sieht dies konkret aus? Drei Gebiete

1. Wo der Staat versagt, übernehmen Privatpersonen und gesellschaftliche Gruppen die Initiative. Neben politisch links stehenden Gruppen sind es vor allem christliche Beratungsstellen, Pfarrgemeinden, Gruppen wie Pax Christi oder die BAG Asyl in der Kirche, die sich für 'Illegale' ganz praktisch einsetzen indem sie etwa Rückkehrer- und Weiterreisehilfe geben, indem sie Essen und Kleidung austeilen, Unterkunft und Arbeit vermitteln. Dass Christen hier besonders aktiv sind liegt unter anderem an der selbstverständlichen Einsicht, dass es in der Kirche keine Fremden gibt und dass die Hilfe an Not Leidenden Gottes-Dienst ist, wie Jesus im Gleichnis vom Weltgericht sagt: "Was ihr den geringsten meiner Brüder und Schwestern tut, das tut ihr mir". Nebenbei möchte ich hier festgehalten wissen, dass nach meiner Erfahrung in solchen Kooperationen die Frage der Ökumene, ja auch der Zusammenarbeit zwischen Christen und anderen 'Menschen guten Willens', völlig unproblematisch ist, sodass man sich immer wieder wünscht, auf der Ebene der Theologen und Kirchenleitung möge es auch so sein.

2. Zunehmend äußern sich die verantwortlichen Spitzen gesellschaftliche Gruppen zu diesem Problembereich und fordern eine öffentliche Auseinandersetzung. Darunter waren als erste die freien Träger der Wohlfahrtspflege (z.B. Diakonisches Werk und Caritasverband) 1999 und die Deutschen Katholischen Bischöfe im Mai 2001. Dass sich die Katholischen Bischöfe so früh und so deutlich in diese Debatte eingeschaltet haben und seither immer wieder an ihre Positionen erinnern hängt zum einen mit den Rückmeldungen aus den Basisgruppen und Gemeinden zusammen, hängt aber auch zusammen mit der Erfahrung von Universalität (ein anderes Wort für Globalität!) und Weltkirche: Was in Afrika passiert HAT Auswirkungen auf uns in Deutschland - und umgekehrt. So sehr ich mit vielen Ereignissen und Positionen in unserer Kirche Probleme habe: Auf dem Gebiet der Migration sind die Äußerungen von Papst und Bischöfen hochmodern, hochaktuell und hochnotwendig - und ich bin stolz auf sie. Leider gibt es auf der Ebene der Evangelischen Kirchenleitung (noch) nichts Vergleichbares, aber es entwickelt sich, wenn man z.B. die Stellungnahme zum Zuwanderungsgesetz oder die Position der Evangelischen Kirche Westfalens als Beispiel nimmt.

3. Auf der politischen Ebene kommt zunehmend Bewegung in die Illegalitätsdebatte. Und wieder sind es in vielen Fällen kirchlich geprägte Personen, die hier initiativ werden, z.B. die hier anwesende Christa Nickels, die schon 2000 für ihre Partei eine öffentliche Fachtagung zum Thema Illegalität initiierte - die bis heute erste ihrer Art in der deutschen Parteienlandschaft. Ähnlich sieht es im kommunalen Kontext aus, und hiermit schließt sich

der Kreis zu meinen abstrakten Ausführungen zur Global City in der ersten These: Die kleinste öffentliche Verwaltungseinheit ist natürlich jene, die die Schattenseite der Globalisierung als erste zu spüren bekommt und mit Personen und Gruppen vor Ort bewältigen muss. Kein Wunder also, dass viele Kommunen derzeit anfangen, dem Thema Illegalität nachzugehen und versuchen, es auf ihre Weise öffentlich zu thematisieren und nach oben, auf die Ebene der Bundesländer und der Bundesregierung, 'durchzureichen'. Und auch hier ist die Kirche dabei: Beispiel München, wo seit der Stadtratstudie 'Illegale in München' viel Bewegung in die parteien- und gruppenübergreifende Diskussion gekommen ist: Als sich nach den Terroranschlägen vom 11.9.2001 abzeichnete, dass die Illegalitätsdiskussion in den Bereich Sicherheitstechnik und Gefahrenabwehr abgeleitet, meldeten sich der Münchener Bischof Siebler und Diözesancaritaschef Neuhauser zu Wort. In der Pressemitteilung der Caritas vom 21.9.2001 hieß es: "Die Terroranschläge in Amerika erfüllen uns alle mit größter Abscheu" usw. "Es dürfen aber jetzt keinesfalls ganze Menschengruppen... pauschal zum Sündenbock gestempelt oder kollektiv bestraft werden." Und in der gemeinsamen Erklärung vom 27.9.2001 heißt es, Bezug nehmend auf das oben zitierte Wort der Deutschen Bischöfe: "Die Kirche sieht es als ihre Aufgabe an, den Problemkomplex Illegalität zur Sprache zu bringen. 'Sie klagt ein, dass Maßstab für Recht und Politik die Menschenrechte sind, die jedem Menschen als solchem ... zukommen und die ihm kein Staat aberkennen kann. Somit hat sich alles staatliche Handeln an ihnen zu orientieren'."

Wir sind, was Illegalität betrifft, auch in Deutschland an einem gesellschaftspolitischen Wendepunkt angekommen, erste Bewegungen zwischen staatlichen Stellen und hier Aktiven sind festzustellen. Zunehmend wird erkannt, dass jede einfache Lösung keine nachhaltige Lösung ist - dies gilt ebenso für die Politik der Abschottung wie für die Forderung nach genereller Legalisierung. Sich in dieser Situation politisch-öffentlich auf die effektive Gewährung von Grund- und Menschenrechten für 'Illegale' zu konzentrieren ist nicht nur vernünftig, sondern bietet aufgrund des moralisch-rechtlichen Gewichts der Argumentation auch die beste Aussicht auf Kompromiss und Erfolg. Ein weiter Weg ist gewiss noch zu gehen, dass wir aber überhaupt auf ihm sind, verdanken wir auch und gerade den Kirchen an Haupt und Gliedern. Es liegt auch an uns, ob wir langsamer oder schneller vorankommen - im Interesse aller.